Mittheilungen

der

Oesterreichisch-Israelitischen Union.

Herausgegeben von dem Vorstande dieses Vereines.

Das monatlich einmal erscheinende Vereinsblatt erhalten die Vereins-Mitglieder **unentgeltlich.**

Zuschriften und Tausch-Exemplare erbittet man unter der Adresse:

Wien, I., Schottenring 23.

Vereinskanzlei: I., Schottenring 23.

Nr. 102. **März.** **X. Jahrgang 1898.**

EINLADUNG

zu der am

Samstag, den 26. März 1898, Abends 7½ Uhr

im

RESTAURANT KHUNER

I., Schottenring Nr. 19

stattfindenden

Vereinsversammlung der Österreichisch-Israelitischen Union.

TAGESORDNUNG:

1. Vortrag Sr. Ehrwürden des Herrn Rabbiner **Dr. Adolf Schmiedl:** „Das Jahr 1848 im Lichte der Culturgeschichte".
2. Vortrag des Herrn Gemeinderathes **Dr. Alfred Stern:** „Rückerinnerungen an die Märztage des Jahres 1848".
3. Mittheilungen des Vorstandes.
4. Anträge und Interpellationen.

Der Eintritt in die Versammlung ist nur den Mitgliedern des Vereines und den von diesen eingeführten Gästen gestattet.

Der Vorstand.

Aus dem Protokolle

der am Samstag den 5. März 1898, stattgefundenen Vereinsversammlung der „Oesterr.-Israel. Union".

Vorsitzender: Präsident **Wilhelm Anninger.** Schriftführer: Secretär **Josef Fuchs.**

Unter grosser Betheiligung seitens zahlreicher Mitglieder und Gäste, unter welchen man die Herren Reichsraths-Abgeordneten Hofrath Kareis, Gemeinderath Dr. Alfred Stern, Oberbaurath Taussig, die Cultusvorsteher Dr. Grünfeld, Arthur von Mieses, Dr. Marcus Spitzer und Kammerrath Vogel, Bezirksausschuss Waldstein, kais. Rath Ruzizka u. A. bemerkte, eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und ertheilte Herrn Gemeinderath Baurath Wilhelm Stiassny das Wort zu seinem angekündigten Vortrage:

Wienerisches. Jüdisches.

Der Vortragende mit lebhaften Zurufen empfangen, sagte:

Es sind fast zwei Jahre verflossen, seitdem ich, unmittelbar nach Abschluss der letzten Gemeinderathswahlen und bevor noch die aus antiliberalen, christlich-socialen und deutschnationalen Elementen zusammengesetzte Mehrheit des Gemeinderathes ihre Thätigkeit in Angriff genommen hatte, in demselben Saale, in welchem wir uns gegenwärtig befinden, wenngleich vor einem anderen Vereine, meine Ansichten über die künftige Thätigkeit des Wiener Gemeinderathes aussprechen konnte. Meine Anschauung, dass die zumeist aus extremen Elementen zusammengesetzte Partei als sicherstes Band der Zusammengehörigkeit die äusserste Rücksichtslosigkeit in der Verfolgung ihrer politischen Gegner, insbesondere der Juden, anwenden werde, begegnete manchem Zweifel. Zu mindestens für den Anfang, glaubte der optimistisch gesinnte Theil meiner Zuhörer, werden die neuen Gewalthaber ihre Absichten mit dem Mäntelchen der Schamhaftigkeit verhüllen.

Die Thatsachen haben meiner Auffassung vollkommen Recht gegeben und heute, nach ihrem fast zweijährigem Bestande, lässt sich die Bilanz über die Thätigkeit dieser sonderbaren Gesellschaft, welche sich im Wiener Rathhause breit macht, ziehen.

Ich beabsichtige keineswegs, Ihnen die Leistungen und die Thätigkeit des Wiener Gemeinderathes während der fast zweijährigen Herrschaft der Majorität vorzuführen. Sie sind zumeist allgemein bekannt.

Bekannt ist es, dass Subventionen an Vereine mit gemeinnützigen Tendenzen verweigert oder an schimpfliche Bedingungen geknüpft worden sind.

Ich erwähne die Fälle der Rettungsgesellschaft, des Volksbildungsvereines, des Theresienkreuzer- und Volksküchenvereines, des Frauenerwerb- und Deutschen Schulvereines, des Lehrlingsheims, der Künstlergenossenschaft und zuletzt die brutale Entziehung von Lernmitteln für arme Schulkinder.

Dagegen ist eine nicht mehr zu überblickende Anzahl von Kirchenbau-, Kirchengesangs-, katholischen Jünglings- und Gesellenvereinen, von Congregationen und Klöstern beiderlei Geschlechtes in ausgiebiger Weise subventionirt und sind zu diesem Behufe die Gelder von Steuerträgern ohne Unterschied der Confession verwendet worden.

Ich werde nicht von den unerhörten Massregelungen der Lehrer, von der Uebertragung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an Grossindustrielle durch die Beschützer des kleinen Mannes, von der Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen an Ausländer durch die privilegirten Beschützer des heimischen Gewerbefleisses und andererseits an Freunde und Bekannte der Gemeindefunctionäre sprechen.

Dagegen will ich in gedrängter Kürze einige weniger bekannte Züge aus dem Wiener Gemeindeleben vorführen oder Halbvergessenes in Ihr Gedächtnis zurückrufen.

Und so lassen Sie mich denn mit einer Skizzirung des politischen Verhaltens unserer Stadtväter beginnen.

Politisches Verhalten.

Von der politischen Gesinnungstüchtigkeit der Majorität ein Beispiel:

So lange die Opposition des Parlamentes im Kampfe gegen das Ministerium Badeni gestanden, hatte der Gemeinderath nicht Zeit gefunden, seinen politischen Anschauungen Ausdruck zu geben; erst am 30. November 1897, zwei Tage nach dem Sturze des Ministeriums waren die Herren zur Kenntnis ihrer deutschen Gesinnungen und zum richtigen Verständnis der Lex Falkenhayn gelangt und erfolgte die bekannte Enunciation des Gemeinderathes.

Ein anderes Beispiel: Der liberale Gemeinderath Weisswasser beantragt am 3. December 1897: Der Gemeinderath der Stadt Wien wolle angesichts der Ereignisse, deren Schauplatz die Landeshauptstadt Prag in den letzten Tagen gewesen, den deutschen Bewohnern derselben seine Sympathie aussprechen, sowie eine Beitragsleistung zur Unterstützung der armen Geplünderten gewähren. Trotz mehrfacher Urgenzen ist über diesen Antrag bisher noch nicht berichtet worden.

Die Abschaffung des Stadtrathes war ein Programmpunkt der Antiliberalen vor den Wahlen. Jetzt sind aus ihrer

Mitte 22 besonders Befähigte zu diesem besoldeten Amte berufen, die man doch nicht mit einem Schlage zu Unzufriedenen machen kann.

Die Erweiterung des Wahlrechtes für den Landtag und den Gemeinderath gehörte vor den Wahlen zum Feldgeschrei der Antisemiten; jetzt ist es davon ganz stille geworden.

Allerdings besteht eine Gefahr für die herrschende Partei, wenn Männer in das Landhaus und die Rathsstube kommen sollten, welche gewohnt sind, die Dinge beim rechten Namen zu nennen und sich keinerlei „Behandlung" von dem Vorsitzenden gefallen lassen; gleichgiltig ob er Strohbach oder Gudenus heisst. Dem ersteren gegenüber ist Vorsicht allerdings am Platze, weil bekanntlich energische Zurückweisung der von dem Vorsitzenden begangenen Ausschreitungen die sofortige Ausschliessung oder eine strafgerichtliche Verurtheilung zur Folge hat.

Weniger verständlich ist es jedoch, dass sich die Mitglieder der Minorität im niederösterreichischen Landtage die Unfähigkeit und Taktlosigkeit des dortigen Vorsitzenden in den meisten Fällen haben gefallen lassen. Ganz unbegreiflich aber erscheint es, dass die wiederholten Ausrufe von Schneider und Gregorig: „Schussgeld auf Juden" kein Mitglied der liberalen Partei zu einem kräftigen Einschreiten gegen den Vorsitzenden und dessen Indolenz veranlasst haben.

Erst in den letzten Tagen hat sich ein Abgeordneter, Professor von Philippovich, zu energischer und erfreulicher Abwehr aufgerafft und die richtigen Worte gegen einen Vorsitzenden gefunden, der seine Pflichten vernachlässigt.

Wir alle, und wahrscheinlich er selbst, haben diese Energie von ihm nicht erwartet, als er zu einer halbverflossenen Zeit, anlässlich seiner Jungfernrede, der aufstrebenden jungen Partei (darunter verstand er die Antisemiten) seine achtungsvolle Reverenz gemacht hat.

Art der Berichterstattung.

Die charakteristischen Merkmale der gegenwärtigen Berichterstattung sind die Unwissenheit und Unfähigkeit vieler Referenten und die eigenthümliche Auffassung über die Stellung einzelner Mitglieder des Gemeinderathes gegenüber den Interessen der Bevölkerung. (Redner beleuchtet den Fall des Subventionsgesuches vom Theresienkreuzervereine.)

Die Finanzreferenten erstatten Berichte auf Grund von falschen Ziffern.

So ist dem Bürgermeister Strohbach Ende 1896, anlässlich einer Berichterstattung behufs nachträglicher Genehmigung der Verwendung von vier Millionen Gulden, ein kleiner Irrthum von fl. 834.000 unterlaufen.

Der Finanzreferent des Stadtrathes, welcher den volltönenden Titel: Hraba, der Finanzminister der Stadt Wien, führt (der österreichische Finanzminister Dr. v. Böhm-Bawerk verzichtet auf die Gegenüberstellung mit diesem Collegen) leistet in Bezug auf solche Irrthümer, ganz Unglaubliches. Er schreibt ruhig Einnahmen unter Ausgaben und umgekehrt.

Der Erlös für Wertpapiere wird als eine Vermehrung des Gemeindevermögens bezeichnet und dergleichen heitere Dinge mehr.

Dem Gemeinderathe wird zugemuthet, dass er sich der Landesbrandschaden-Versicherungs-Anstalt einfach anschliesse, ohne dass ihm die Statuten dieser Anstalt und auch nicht einmal ein Finanz-Exposé vorgelegt wurde. Ich weise hier auf die Verdienste Dr. Stern's hin, auf die ich noch später zurückkommen werde.

Besonders bemerkenswerte Leistungen hat jedoch der Generalingenieur des jetzigen Stadtrathes, Dr. Mayreder, aufzuweisen.

Früher bestand die Einrichtung, dass Niemand in seiner eigenen Angelegenheit Referent sein, ja sogar nicht an der Debatte theilnehmen durfte, in vielen Fällen selbst den Saal verlassen musste.

Jetzt führt der genannte Herr mit der grössten Seelenruhe seine eigenen Angelegenheiten im Stadtrathe vor und würde, wenn nicht Lärm geschlagen worden wäre, dies auch im Gemeinderathe gethan haben. Freilich handelt es sich da um grössere Angelegenheiten, wie beispielsweise um das Project der Parcellirung des Cobenzl.

Der technische Referent des Stadtrathes erklärt zwar, dass er nur für die technische Seite des Projectes einstehe; er thut auch gut daran, sich um die finanzielle Seite dieses grossen Villen-Unternehmens, welches ich nicht weiter charakterisiren will, zu kümmern.

Der Verwaltungsrath dieser Gesellschaft soll nach der Behauptung des Dr. Mayreder aus clericalen Mitgliedern bestehen und nur ein Gesellschafter ein Jude, u. zw. ein getaufter sein.

Und durch einen solchen Stadtrath werden die Geschäfte einer Gemeinde besorgt, deren Budget eine Höhe von $60\frac{1}{2}$ Millionen Gulden erreicht.

Ich muss hier auf die vollständige Uebereinstimmung des ganzen Gemeinderathspräsidiums in einer Sache hinweisen und das ist die Leitung der Verhandlungen im Gemeinderathe.

Hier wird gleichmässig vom Präsidium in willkürlicher, parteiischer Weise vorgegangen; die leisesten Wünsche der Parteigenossen werden berücksichtigt, die gerechtesten

Forderungen der Opposition in schroffer Weise zurückgewiesen und durch Ordnungsrufe, Wortentziehung und Ausschliessung von Sitzungen mundtodt gemacht.

Beamten-Freundlichkeit.

Verdienstvolle Beamte, welche an dem antisemitischen Unfug nicht theilnehmen wollen, werden gekränkt und zurückgesetzt.

Magistratsrath Eduard Maly, einer der tüchtigsten Amtsleiter, aus der Schule des Dr. Felder hervorgegangen, scheidet nach 40jähriger Dienstzeit aus dem Amte. Eine vom Magistrate vorgeschlagene communale Auszeichnung wird selbstverständlich vom Stadtrathe abgelehnt.

Fortwährende Angriffe, Beschuldigungen und Verdächtigungen erfolgen gegen die verdienstvollen Beamten des Stadtbauamtes und dessen ausgezeichneten Director Franz Berger. Diesen Mann, den gegenwärtigen Präsidenten des Oesterr. Ingenieur- und Architekten-Vereines, haben wir Techniker auf ein so hohes Piedestal gestellt, dass die Schmutzwellen der Angriffe nicht bis an ihn heranreichen können.

Finanzen.

Die Fürsorge für das öffentliche Wohl, für die Gesundheit der Gesammtbevölkerung, insbesondere des berühmten „kleinen Mannes“, und gleichzeitig den Grundgedanken der jetzigen communalen Wirthschaft charakterisirt wohl am Besten der Umstand, dass die zur Herstellung des Gleichgewichtes nothwendig gewordenen Ersparungen gegenüber dem Präliminare zumeist das Capitel der öffentlichen Arbeiten betreffen.

So wurden, wie später auseinandergesetzt werden soll, für die Neuherstellungen und Ergänzungsarbeiten bei der Wasserversorgung nicht weniger als fl. 768.000 erspart, das heisst: beschlossene und genehmigte Arbeiten in dieser Höhe wurden nicht ausgeführt.

Weitere Ersparnisse wurden an der Erhaltung der Strassen Wiens mit rund fl. 170.000 erzielt.

Dagegen hat die Strassensäuberung, allerdings in eigener Regie, aber schlechter als je, um fl. 172.000 mehr gekostet.

Auch an der Approvisionirung ist es gelungen, eine Viertelmillion Gulden in Ersparung zu bringen, indem die Anlage eines neuen Contumazmarktes und Seuchenhofes einfach unterblieb.

Kein Wunder, dass man auch den Bau von Volks- und Bürgerschulen, welche vom Gemeinderathe längst beschlossen wurden, nicht einmal in Angriff genommen hat,

wodurch eine der herrschenden Partei besonders wohlgefällige Ersparnis in der Höhe von fl. 262.000 erzielt worden ist.

Wie Steuergelder behandelt werden:

Der auf das antisemitische Programm gewählte, jedoch massvolle und nie agressiv auftretende Gemeinderath Dr. Kraft hat darauf hingewiesen, dass zwar für die hungernden Schulkinder in Favoriten keine Mittel vorhanden sind, dafür aber stets für Kirchen-Gesangvereine Subventionen bewilligt werden.

Redner verweist nun auf die ausgezeichnete Kritik des Rechnungsabschlusses und des Hauptvoranschlages durch Dr. Alfred Stern hin, auf dessen muthiges, unerschrockenes Auftreten gegenüber der wüthenden tobenden Gemeinderaths-Majorität und auf dessen grossen moralischen Erfolg.

Genaue Einhaltung des Budgets!

Der Reservefond von fl. 500.000 war zu Ende des vorigen Jahres um fl. 625.000 überschritten.

Ausserdem waren noch um fl. 307.000 Anträge auf diesen überlasteten Reservefond in Vormerkung.

Unmittelbar nach Genehmigung des Budgets wurden für Kosten der Theilnahme der Commune an der Jubiläumsausstellung, für welche fl. 99.000 bewilligt waren, ein weiterer Betrag von fl. 30.000 als Mehrkosten präliminirt, obwohl zur Zeit der Budgetaufstellung alle Pläne und Berechnungen bis in das kleinste Detail vorgelegen waren.

Schul-Angelegenheiten.

Das städtische Pädagogium, eine Musteranstalt, daher ein beliebtes Angriffsobject für die clericalen Schulfeinde, soll aufgehoben werden.

Dass die Lehrer infolge der ihnen zutheilgewordenen schlechten Behandlung dem jetzigen Regime immer feindlicher gesinnt werden, ist natürlich und auch allgemein bekannt.

Bei Lehrerernennungen kommen himmelschreiende Ungerechtigkeiten vor. Die grösste Anzahl der berechtigten Competenten wird zurückgesetzt, und ein grosser Theil in unverdienter Weise bevorzugt. Gesuche von jüdischen Lehrern bleiben einfach unberücksichtigt. Der deutschnationale Lehrer und Gemeinderath Tomanek, ein strammer Antisemit, aber Gegner des Bürgermeisters, hat auf Grund von amtlichen Tabellen nachgewiesen, dass von 36 Besetzungen, bei welchen provisorische Unterlehrer zu definitiven gemacht wurden, 24, also volle Zweidritttheile eine Bevorzugung erfahren, somit eine Ungerechtigkeit platzgegriffen hat.

Fast dasselbe Verhältnis hat bei der letzten Ernennung von Volks- und Bürgerschullehrern aus der Reihe der Unterlehrer stattgefunden.

Vor der Ernennung werden sorgfältig Recherchen über das politische Verhalten der Lehrer angestellt. Liberale Petenten werden zurückgesetzt, Juden und Socialdemokraten aber gänzlich ausgeschlossen.

Wie sollte es auch anders sein, in einer Zeit, in der die Herren Gessmann und Gregorig das grosse Wort in Schulangelegenheiten führen.

Oeffentliche Arbeiten.

Seitdem die jetzige Majorität ihre Herrschaft im Rathhause angetreten, hat sie bei Ausführung der normalen öffentlichen Arbeiten die Muster, welche vom früheren Gemeinderathe geschaffen worden sind, einfach copirt und sich nicht den Kopf über Einführung von Neuerungen und Fortschritten zerbrochen. Oder haben Sie vielleicht gehört, dass beispielsweise Versuche mit rationellen, das ist zweckmässigeren oder mehr ökonomischen Methoden der Strassenpflasterung gemacht wurden?

Es möge mir gestattet sein, an dieser Stelle eines Gespräches zu erwähnen, welches ich vor ungefähr 15 Jahren mit dem seither verewigten Oberbürgermeister von Berlin, von Forckenbeck, zu führen Gelegenheit hatte. Nachdem wir durch längere Zeit wichtige communale Einrichtungen in Wien und in Berlin verglichen hatten, kamen wir auch auf die Fortschritte im Pflasterungswesen zu sprechen. Ich erwähnte mit einigem Selbstgefühl der ausgedehnten Versuche, welche in Wien mit Holzstöckel- und Asphaltpflasterung gemacht worden seien, worauf mir Forckenbeck antwortete:

„Ich kenne die interessanten Versuche, die Sie in Wien angestellt haben, auch wir haben in Berlin ähnliches unternommen. Ich habe mir nun, um diese Versuche in grösserem Massstabe durchführen zu können, von meinen Stadtverordneten den Betrag von — 3 Millionen Mark votiren lassen!“

Die Wiener Schulbauten, wie sie im Laufe der letzten 15 Jahre ausgeführt worden sind, besitzen zahlreiche Vorzüge in Bezug auf Feuersicherheit und Hygiene: Heizung und Ventilation der Schulzimmer, Corridore und Anstandsorte; Herstellung von gewölbten Decken und eichenen Fussböden, ausgiebige natürliche und künstliche Beleuchtung, zweckmässige Closets etc.

Diese Einrichtungen sind auf die Verdienste früherer Gemeinderäthe, und ich darf ohne Unbescheidenheit an dieser Stelle mein eigenes erwähnen, zurückzuführen.

Auch hier haben keine Verbesserungen platzgegriffen, obwohl die Wissenschaft stetig vorschreitet.

Der Bau der Canäle wird genau in derselben Weise durchgeführt, wie früher; aber zur Activirung des vom früheren Gemeinderathe beschlossenen Schwemmsystems ist jetzt auch nicht ein Schritt geschehen.

Betrachten wir nun die Thätigkeit des Gemeinderathes auf dem Gebiete der grossen öffentlichen Arbeiten:

Die einzige selbstständige Leistung der jetzigen Gemeinderathsmajorität auf diesem Gebiete ist bekanntlich der Bau selbstständiger, städtischer Gaswerke, obwohl die Planverfassung und die technischen Vorarbeiten bereits von den Bürgermeistern Dr. Prix und Dr. Grübl vorbereitet und unter dem Regime des Bezirkshauptmannes Dr. von Friebeis zu Ende geführt wurden.

Bau der Gaswerke.

Redner bespricht die durch den Stadtrath erfolgte Ablehnung der Einführung des Auerlichtes; er weist ferner auf die Versuche mit Acetylengas, mit welchem in der Hofburg glänzende Erfolge erzielt worden sind, sowie auf die anderen Versuche in der Gastechnik, aber auch im Beleuchtungswesen im allgemeinen hin, welche die Errichtung eines mit so enormen Kosten verbundenen Gaswerkes als nicht mehr zeitgemäss erscheinen lassen.

Er bespricht ferner die durch die Rohrlegungen veranlassten aber durchaus nicht unvermeidlichen, unwürdigen Strassenzustände; die ungerechtfertigte und unvernünftige Verlängerung der Dauer solcher Arbeiten, insbesondere in den Hauptverkehrsstrassen; die beispiellose Schädigung der Geschäftsleute und die zahlreichen Unglücksfälle, welche sich infolge von mangelhafter Ueberwachung zugetragen haben.

Redner fährt sodann fort: Diese Misère, welche nun der Reihe nach sämmtliche Bezirke Wiens mitzumachen haben, wird sich im kommenden Jahre wiederholen, wenn an circa 80.000 Stellen behufs Herstellung der Verbindung zwischen Haus- und Strassenleitung die Strassen abermals aufgerissen werden. Sie wird sich aber im Jahre 1900 noch ein drittesmal in vollem Umfange abspielen, wenn die Gasgesellschaft die alten Röhren herausnehmen wird.

Falls der Präjudicial-Process, in welchem die Gemeinde gegen die englische Gasgesellschaft in erster Instanz unterlegen ist, in der gleichen Weise in der letzten Instanz verloren werden sollte, dann würde dies einer wahren Katastrophe gleichkommen.

Die präliminirten Kosten von 30 Millionen Gulden werden sich mit Rücksicht auf die Ergebnisse der Offertverhandlungen, abgesehen von Ueberschreitungen, auf mindestens 40 Millionen Gulden stellen.

Falls die Vororte, deren Verträge in den Jahren 1904 bis 1924 enden, nicht beleuchtet werden dürfen, dann würden zwei

Fünftel der verausgabten Summen, also Investitionen im Werthe von circa 16 Millionen Gulden durch den Zeitraum von 4 bis 24 Jahren unbenützt bleiben und dadurch ein Verlust an Intercalar-Zinsen erwachsen, welchen die Stadt nicht zu tragen vermöchte. Und das Alles aus purer Bosheit gegen die englische Gasgesellschaft und gegen die frühere liberale Majorität.

Den einzigen Nutzen aus dieser Sache ziehen sodann einige grosse Bauunternehmer und Grossindustrielle, wie die Wittkowitzer Gewerkschaft, die Stettiner Chamottewaarenfabrik (siehe die Fürsprecher der kleinen Unternehmer und der heimischen Arbeit) und endlich der Mechaniker Schneider, welcher bereits im Hinblick auf die von ihm zu übernehmende Lieferung von Gasmessern im Werthe von mehr als 2 Millionen Gulden ein eigenes Fabrikslocale für diesen Zweck errichtet hat.

Geldbeschaffung:

Der Vortragende erwähnt nun der wiederholten Eingriffe in die städtischen Sparcassen, welchen die Baarbestände bis auf geringe Beträge entzogen wurden. Er führt als Beispiel die Aufnahme eines Darlehens von fl. 500.000 in 4%igen Pfandbriefen der öst.-ung. Bank an, welches bei der Rudolfsheimer Sparcassa zum Zwecke der Verpfändung dieser Effecten und Erlangung eines Barbetrages von fl. 400.000 erfolgt ist.

Er erwähnt die Hinausschiebung fälliger Zahlungen angesichts der Unmöglichkeit weiterer Geldbeschaffung und fährt fort;

Am 25. Jänner wurde der Bevölkerung und in erster Linie dem Wiener Gemeinderathe unter Aufwendung eines selbst bei diesem Präsidium ungewöhnlichen theatralischen Effectes die Mittheilung von dem Abschlusse des Gasanlehens gemacht. Bekanntlich wurde das 60 Millionen Kronen-Anlehen an die deutsche Bank in Berlin unter zahlreichen bekannten und noch zahlreicheren unbekannten Bedingungen übertragen. Zu den ersteren zählt ein Uebernahmscurs von 98 für 100, wobei allerdings die Gemeinde Wien die Rentensteuer zur Zahlung übernimmt.

Sie erinnern sich vielleicht noch, mit welcher Schärfe und Heftigkeit im Jahre 1894 der damalige Stadtrath Dr. Lueger gegen die Begebung von städtischen Anlehen an Banken aufgetreten ist. Zu seinem grossen Schmerze musste er erleben, dass die liberale Majorität unter dem Bürgermeister Dr. Grübl in Wirklichkeit eine öffentliche Subscription auf das 35 Millionen Wasseranlehen eröffnete und glänzend durchführte. Jetzt aber wurde die öffentliche Subscription auch nicht mit einem Worte erwähnt, und dies mit vollem Rechte, denn sie hätte zu einem lächerlichen Fiasco geführt.

Wenn man die precäre Lage bedenkt, in welcher sich die Gemeinde unmittelbar vor Begebung des Anlehens befunden hat, dann darf man sich wahrlich wundern, weshalb die Deutsche Bank nicht noch einen günstigeren, ich meine nämlich für sie günstigeren Curs, erzielt hat; denn die Gemeinde war ja dieser einzigen abschlusssüchtigen Bank preisgegeben.

Wenn man aber an das Vorhandensein von geheimen Documenten glaubt, die ja in der modernen Geschichte eine wichtige und verhängnissvolle Rolle spielen, wenn die Gerüchte auf Wahrheit beruhen, dass in der Frage der Ausgestaltung des Tramwaynetzes und der Umgestaltung der Pferdebahnen in Bahnen mit elektrischem Betriebe die Gemeinde sich der contrahirenden Bank auf Gnade und Ungnade in die Arme geworfen hat, dann muss man sich wieder wundern, dass nicht ein noch ganz anderer, nämlich für die Gemeinde günstigerer Curs erzielt worden ist. Oder hat sich wirklich die Deutsche Bank gegen die Wiener Gemeinde so wenig grossmüthig gezeigt?

Die Schätzungen von objectiven und unparteiischen Eisenbahntechnikern über den Werth der der Deutschen Bank, sagen wir nur in Aussicht gestellten Concessionen variiren zwischen 18 und 32 Millionen Gulden.

Wenn auch nur die kleinere Ziffer richtig ist, dann hätte die deutsche Bank dem Bürgermeister den kleinen Triumph und das Vergnügen des Anlehensabschlusses al pari gönnen dürfen.

Indessen ist das Vorhandensein von geheimen Abmachungen oder gar geheimen Documenten auf das Entschiedenste in Abrede gestellt worden.

Mittlerweile wurde der mit der Deutschen Bank liirten Wiener Tramway-Gesellschaft bekanntlich die Concession zum Bau und Betriebe von zwei Ausstellungslinien ertheilt.

Der Gemeinderathsbeschluss besagt zwar: „blos für die Dauer der Ausstellungszeit“. Kinder und Thoren aber nennen es für immer und ewig!

Wasserleitung.

Redner erwähnt die von der früheren Majorität im Jahre 1893 gefassten Beschlüsse in Bezug auf die Erweiterung der Hochquellenleitung und seine eigenen Anträge hinsichtlich der Einbeziehung der Quellen aus dem Gebiete des Semmering-, Sonnwendstein- und Ottergebirges, welche seinerzeit vom Gemeinderathe zum Beschlusse erhoben wurde.

Auch nach dieser Richtung hin sei der jetzige Gemeinderath in Unthätigkeit verharrt und als Redner vor einigen Wochen im Gemeinderathe einen Antrag stellte, der die Berichterstattung über diese Arbeiten urgirte, wurde ihm vom Bürgermeister folgende charakteristische Antwort zutheil:

„Der Gemeinderath hat beschlossen, diesen Antrag dem Stadtrathe zuzuweisen. Ich werde aber bitten, wenn er zum

Beschlusse erhoben wird, dass der Antragsteller sich selber die Mühe nehmen möge, die Verhandlungen wegen der Aufnahme des Darlehens durchzuführen. Ich selbst möchte das ein zweites Mal nicht mitmachen".

Mit dieser Unthätigkeit hat sich jedoch die volksfreundliche Majorität nicht begnügt. Um das Auslangen mit den für andere Zwecke in Anspruch genommenen Mitteln zu finden, wurden im Jahre 1896 volle fl. **768.000**, welche im Präliminare vorgesehen waren, „erspart", das heisst, es wurden nothwendige und beschlossene Neuherstellungen und Ergänzungsarbeiten zum Ausbau der Hochquellenleitung nicht durchgeführt; so wurden das Reservoir bei Neustift am Walde, das Wasserhebewerk am Wienerberg, die Einbeziehung neuer Quellen zur Ergänzung der Hochquellenleitung, Grundankäufe etc. einfach unterlassen.

Donauregulirung.

Gegenwärtig erfolgt nur die Fortführung der Arbeiten, die wir begonnen haben, nur mit dem Unterschiede, dass jetzt das Verständnis für die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Sache geschwunden ist.

Der Vortragende hebt die Verdienste Taussig's um die Umwandlung des Donaucanales in einen Schifffahrtscanal und Winterhafen, sowie um die Sicherheit der Stadt Wien gegen Ueberschwemmungen hervor, weist die gegen den genialen Techniker in einer der letzten Sitzungen des niederösterreichischen Landtages erhobenen Anschuldigungen mit Entrüstung zurück und hält es für eine Pflicht der heutigen Versammlung, ihren berühmten Glaubensgenossen, welcher das unbeschränkte Vertrauen seiner technischen Collegen besitze, auch ihrerseits der aufrichtigen Sympathien und des vollsten Vertrauens zu versichern. (Lebhafter Beifall.)

So glaube ich nachgewiesen zu haben, dass Recht und Gerechtigkeit aus der Wiener Rathsstube geschwunden sind.

Aber viel betrübender als diese Thatsache, ist der Umstand, dass der Sinn für Gerechtigkeit in einem grossen Theile der Bevölkerung erheblich gelitten hat und das Schamgefühl, ein Unrecht begangen oder gebilligt zu haben, zu schwinden beginnt.

Wenn ich früher von einer ununterbrochenen Kette von Handlungen gesprochen habe, in welchen das Recht gebeugt worden, die Willkür an die Stelle der Gesetzmässigkeit getreten ist, so kann ich nicht schliessen, ohne auf die dem Rechte und der Billigkeit hohnsprechenden Bedrückungen hinzuweisen, welchen wir Juden schutzlos preisgegeben sind. Ich will nur hervorheben:

Uebergehung jüdischer Magistratsbeamter beim Avancement;

Verweigerung der Zuständigkeit an jüdische Petenten;

Ausschliessung jüdischer Gewerbsleute bei Vergebung von communalen Arbeiten zum Nachtheile der Gemeinde.

In eclatanter Weise hat sich dies vor Kurzem bei der Vergebung der currenten Arbeiten im jährlichen Betrage von fl. 400.000.—, resp. fl. 500.000.— gezeigt. Anstreicher, Spengler, Installateure, Steinzeuglieferanten etc., von welchen manche tüchtige Gewerbsleute in der heutigen Versammlung anwesend sind und die seit einer Reihe von Jahren die einschlägigen Arbeiten zur Zufriedenheit der Gemeinde ausgeführt haben, wurden nunmehr von solchen Arbeiten und Lieferungen ausgeschlossen;

Verweigerung der Baubewilligung für Tempelbauten, selbst wenn diese Kaiser-Jubiläums-Stiftungen sind;

Verleihung der Salvatormedaille an Pfister, dagegen Verweigerung des Bürgerrechtes für Sonnenthal, den grössten unter den lebenden deutschen dramatischen Künstlern.

So gross auch die Vorzüge sind, die unserem Stamme seit jeher innewohnen, so kommen doch bei uns Fehler vor, die an und für sich nicht bedeutend, dennoch geeignet sind, unseren Feinden als wirksame Angriffsobjecte zu dienen.

Wie in früheren Jahren, so muss ich mich auch noch heute gegen Fehler aussprechen, welche unserem Stamme zwar nicht erbeigenthümlich angehören, aber durch die innige Berührung mit unserer Umgebung von dieser auf uns übertragen worden sind.

Es gibt für uns Juden keine Convivenz gegen Antisemiten, kein Compromiss mit unseren Todfeinden.

Es gibt gewisse Fragen, über die man nicht mit einem Lächeln oder mit einem artigen Händedruck hinwegtänzeln kann.

In der vorigen Woche hat einer der glänzendsten jüdischen Redner, ein begnadeter Dichter, Gustav Karpeles, in unserem jüdischen Museum einen Vortrag gehalten, der bestimmt ist, einen Markstein im geistigen Leben der Wiener Judenschaft zu bilden.

Im Rückblick auf Ereignisse in vorigen Jahrhunderten, die sich zum Staunen und Entsetzen aller Edeldenkenden auch in unseren Tagen und bei einem geistig hochstehenden Volke wiederholen, hat der Redner ausgerufen:

„Wehe dem Volke, welches das nationale Ehrgefühl höher stellt als Recht und Gerechtigkeit!“

Fünfzig Jahre, nachdem ein ganzes Volk von unwiderstehlichem Drange nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erfasst worden, werden wir schaudernd Zeugen von Scenen, wie sie sich seit zwei Monaten im niederöstereichischen Landtage, seit zwei Jahren im Wiener Rathhause abspielen.

Das Recht wird gebeugt, das Gesetz mit Füssen getreten; ein ganzes Volk, das durch seine grosse Vergangenheit Bewunderung verdienen, durch sein 2000jähriges Leiden Theil-

nahme erwecken sollte, wird ungestraft verhöhnt und beschimpft. Gewaltthätigkeiten aller Art werden verübt, die Zeiten, in welchen die pecuniae repetundae im römischen Reiche eine verhängnisvolle Rolle gespielt, scheinen wieder erstanden zu sein.

Der Denunciant von specifisch wienerischer Factur erhebt erfolgreich sein Haupt, der Clericalismus von der schwärzesten Sorte schreitet von Sieg zu Sieg.

Oeffentliche Interessen, die Würde und das Ansehen der Stadt werden unbedenklich geschädigt, wenn das Partei-Interesse es erfordert.

Und da bin ich wohl im Rechte, wenn ich am Schlusse ausrufe: „Wehe der Stadt, deren Räthe das eigene Interesse höher stellen, als das allgemeine Wohl!“

* * *

Die markanten Ausführungen des Redners wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen und der Vortragende von allen Seiten beglückwünscht.

An diesen Vortrag knüpfte sich eine sehr erregte Debatte, an welcher sich die Herren Siegfried Fleischer, kaiserlicher Rath Ruzizka, Marcus, Gemeinderath Dr. Alfred Stern. Hofrath Kareis, Dr. Alex. Mintz, Bezirksausschuss Waldstein und Dr. Bloch betheiligten.

Letzterer würdigte die energische Haltung des Gemeinderathes Dr. Alfred Mittler im Gemeinderathe und beantragte mit Rücksicht auf dessen Verurtheilung zu einer zwölfstündigen Arreststrafe folgende Resolution:

„Die Oesterreichisch-Israelitische Union spricht Herrn Dr. Alfred Mittler anlässlich seiner im muthigen Kampfe gegen antisemitische Rohheit erlittenen Verurtheilung ihre vollste Sympathie aus, versichert ihn ihres ungeschwächten und rückhaltslosen Vertrauens und erklärt, dass Herr Dr. Alfred Mittler durch den Ausgang dieses Processes in der Hochachtung der freisinnigen Wählerschaft nicht die geringste Einbusse erlitten hat.“

Diese Resolution wurde unter lebhaftem Beifall der Versammlung einstimmig angenommen. Die weiteren Ausführungen dieses Redners, die gegen den Zionismus gerichtet waren, stiessen auf stürmischen Widerspruch bei den zahlreich anwesenden zionistischen Studenten, was den Vorsitzenden veranlasste, vorzeitig die Versammlung zu schliessen.

Verantwortlicher Redacteur **Josef Fuchs.**
Druck von Weishut & Schwabe, Wien, I., Rockhgasse 3.